

Emissionshandel: Industrie enttäuscht

Utl.: Entscheidung verschlechtert Konkurrenzfähigkeit der Industrie -
170.000 Arbeitsplätze in Österreich geraten unter Druck =

Wien (OTS) - (PdI) Mit großer Enttäuschung nimmt die Industriellenvereinigung (IV) das heutige Abstimmungsergebnis im Industrieausschuss des Europäischen Parlaments zum Emissionshandel zur Kenntnis. "Die von den Europäischen Sozialdemokraten, den Liberalen und Grünen geforderte Versteigerung der Emissionszertifikate kommt einer Strafsteuer auf europäische Produkte gleich und wird die industrielle Produktion in Europa signifikant verteuern, Europas Unternehmen haben mit diesem Ansatz kaum eine Chance, sich gegen Konkurrenten aus den anderen Ländern und Wirtschaftsregionen zu behaupten - sowohl im europäischen Binnenmarkt als auch auf den Exportmärkten", erklärte IV-Generalsekretär Mag. Markus Beyrer.

Im Industrieausschuss habe sich heute ein undurchdachter ideologischer Ansatz gegenüber umwelt- und wirtschaftspolitischer Vernunft durchgesetzt, bedauerte Beyrer das Ergebnis. Der Vorschlag der Europäischen Volkspartei, die Zuteilung der Emissionszertifikate an die produzierende Industrie in Europa von 2013 bis 2020 kostenfrei auf Basis von Technologie- und Effizienzkriterien durchzuführen, hätte zu einem Emissionshandelsregime geführt, mit dem die Industrie das sehr ambitionierte Klimaschutz von minus 21% bis 2020 zu hundert Prozent einhalten würde, ohne dass hierbei die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, und damit deren Arbeitsplätze unnötig gefährdet wären.

In Österreich gehe es immerhin um 170.000 Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie, die durch diesen überzogenen Ansatz im Emissionshandel und der durch die Versteigerung der Emissionszertifikate bedingten signifikanten Kostensteigerung für das produzierende Gewerbe, mutwillig gefährdet werden. "Unsere ganze Hoffnung liegt nun auf dem entscheidenden Votum des Umweltausschusses im EU-Parlament. Wir hoffen, dass bis Anfang Oktober bei den Abgeordneten insbesondere der sozialdemokratischen Fraktion noch ein Nachdenk- und Umdenkprozess stattfindet", so Beyrer.

Rückfragehinweis:

~

IV-Newsroom

Tel.: (++43-1) 711 35-2306

Fax: (++43-1) 711 35-2313

mailto:info@iv-newsroom.at

http://www.iv-net.at/medien

~

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0197 2008-09-11/12:22

111222 Sep 08

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20080911_OTS0197